

Oberhaching rutscht ins Minus

Das laufende Finanzjahr wird die Gemeinde Oberhaching wohl mit einer „schwarzen Null“ abschließen können. Doch 2014 müssen Kreditaufnahmen in Höhe von 13,9 Millionen Euro eingeplant werden.

VON BIRGIT DAVIES

Oberhaching – Geschuldet ist dies vor allem den Investitionen in die Beteiligung an der Geothermie sowie dem Ausbau des Fernwärmenetzes. Diese schlagen 2014 mit

6,6 Millionen Euro zu Buche. Zudem startet der Neubau der Grundschule Deisenhofen, wofür im nächsten Jahr 1,6 Millionen Euro veranschlagt sind. In den Anbau von zwei Krippengruppen in der Kita Kastanienallee und den Anbau der Mittagsbetreuung und des Horts an der Grundschule Oberhaching investiert die Gemeinde jeweils 1,3 Millionen Euro. Zudem werden 2 Millionen Euro für die geplanten Mietwohnungen im Einheimischenmodell an der Kyberg Straße ausgegeben. Die Sanierung der Stephaniestraße und die Rohrmutterweiterung an der

Pfarrer-Socher-Straße kosten insgesamt eine Million Euro.

So beschäftigte sich der Haupt- und Finanzausschuss an vier Vormittagen mit spitz gezieltem Stif mit den Zahlen und Fakten des Haushalts 2014. Denn wie Kämmerer Paul Fröhlich darlegte, „muss alles, was im Verwaltungshaushalt nicht erwirtschaftet wird, im Vermögenshaushalt als Kredit aufgenommen werden“. Er betonte jedoch, dass die Finanzsituation der Gemeinde trotz der geplanten Kredite geordnet sei, da regelmäßig hohe Überschüsse zwischen sechs und neun Millionen Euro erzielt würden. „Die

getätigten und geplanten Investitionen wurden in nachhaltige Projekte investiert, von denen auch noch nachfolgende Generationen profitieren werden.“

Der Verwaltungshaushalt hat ein Volumen von 41,9 Millionen Euro. Im Bereich der Gewerbesteuer wird mit Einnahmen in Höhe von 19,5 Millionen Euro gerechnet. Die Beteiligung an der Einkommenssteuer beläuft sich voraussichtlich auf 8,8 Millionen Euro.

Die größten Ausgaben entstehen bei der Kreis- und Gewerbesteuerumlage (11,6 Millionen Euro), wobei durch die

auf 42,75 Prozent angehobene Kreisumlage 320 000 Euro mehr gezahlt werden müssen als ursprünglich geplant. Die Personalkosten liegen bei knapp 10,4 Millionen Euro.

Im Verwaltungshaushalt wird ein Überschuss von rund 2,4 Millionen Euro erwirtschaftet und dem Vermögenshaushalt zugeführt. Dieser beträgt 17,4 Millionen Euro. Neben den großen Posten Geothermie, Neubau der Grundschule und Investitionen in die Kinderbetreuung schlägt auch die Sanierung der Verbindungsstraße nach Odenpüllach mit 150 000 Euro zu Buche sowie die Beteili-

gung an Wohnungen für Bedienstete mit 110 000 Euro.

Verschoben wurden unter anderem die Neugestaltung der Ortseinfahrt Furth, da 2015 dort die Fernwärme verlegt wird, und der Rückbau der Ringstraße, der nun 2015 stattfinden soll. Die nötige Kreditaufnahme für die Finanzierung der Schulen und Mittagsbetreuung soll innerhalb von 15 Jahren getilgt werden.

Der Verwaltungshaushalt wurde einstimmig befürwortet, der Vermögenshaushalt erhielt mit 8:1 Stimmen die Mehrheit – ebenso wie die mittelfristige Finanzplanung.

6-9 Mio

2,4 Mio

Schamloser Schwindel

Zu „Geschäftsleute bangen um Existenz“, Münchner Merkur vom 20. November:

Die Planungen für einen Lebensmittelmarkt am Oberhachinger Kirchplatz zählen zu den schwierigsten Aufgaben unseres Gemeinderats. Viele Bürger wünschen sich eine solche Einkaufsmöglichkeit. Verständlicherweise befürchten viele Geschäftsinhaber am Kirchplatz eine erdrückende Wirkung eines Ladens mit 1600 Quadratmetern Verkaufsfläche, Backshop und zusätzlicher Gewerbefläche.

Leider haben die auf Antrag der Freien Bürger durchgeführten „Runden Tische“ nicht die erhoffte Annäherung gebracht, wenn auch der Berater für Einzelhandel der Firma CIMA, Herr Hörmann erklärt hat, es müssten nicht unbedingt 1600 Quadratmeter Ladenfläche sein, ca. 1400 seien ausreichend. Erfreulicherweise wurde in der Bürgerversammlung ein Alternativentwurf des Architekten Noae präsentiert, der mit 880 Quadratmetern Ladenfläche auskommt.

Außerst bedauerlich ist allerdings, dass sich die Bürgerinitiative Kirchplatz von einer angeblichen „Vereinigten Freien Wähler“-Gruppe als Steigbügelhalter für einen groß angelegten Etikettenschwindel benutzen lässt. Es gibt in Oberhaching keine Vereinigten Freien Wähler. Nicht eine einzige der bestehenden Vereinigungen hat sich dieser Gruppe angeschlossen. Eine Einzelperson benutzt diese Initiative schamlos zu Profilierungszwecken und um sich als Obermacher aufzuspielen. Es handelt sich um eine gezielte Wählertäuschung. Wir brauchen in der Politik mehr Wahrhaftigkeit und nicht solche Methoden!

Dr. Karl Hofmann
Gemeinderat Freie Bürger
Oberhaching



Geschäftsleute bangen um Existenz

Nach einer VFWO-Befragung befürchten kleinere Läden Umsatzeinbußen durch einen Vollsortimenter

VON SOPHIA HEYLAND

Oberhaching – Auch wenn es um den geplanten Vollsortimenter am Kirchplatz in Oberhaching zuletzt ruhiger geworden ist, „unter der Oberfläche rumort es“. Das zumindest erklären die Vereinigten Freien Wähler Oberhaching (VFWO), die eine eigene Befragung unter Ladenbesitzern am Kirchplatz bezie-

hungsweise in geringer Entfernung durchgeführt haben. Diese sollten zu folgenden Fragen Stellung beziehen:

1. „Was meinen Sie zu der behaupteten ‚Stärkung‘ des Kirchplatzes?“

2. „Welche Auswirkungen des Ladens sehen Sie für sich?“

3. „Erwarten Sie die gutachterlich vorhergesagten Umsatzsteigerungen oder eher

-einbußen und wenn, in welcher Höhe?“

Die Antworten der befragten Geschäfte – „Metzgerei Hofberger Catering“, „Bäckerei Kuhn“ und „Metzgerei G’schlössl’s“ – haben die Vereinigten Freien Wähler nun auf ihrer Homepage veröffentlicht (www.oberhaching2014.de). Fazit der Befragungen: An eine „Belebung/Stärkung“ glaubt keiner

der drei von den VFWO befragten Betriebe. Vielmehr fürchtet die Bäckerei Umsatzeinbußen zwischen 20 und 40 Prozent, die „Metzgerei G’schlössl’s“ von mindestens 50 Prozent.

Zum Hintergrund: Bis Ende August waren die Oberhachinger Bürger aufgefordert, im Zuge des Bebauungsplanverfahrens zum geplanten Vollsortimenter auf dem

Kirchplatz ihre Einwände bei der Gemeinde vorzubringen, die derzeit geprüft werden (*wir berichteten*).

Die Vereinigten Freien Wähler monieren in ihrer Presseerklärung, dass „die vielfältigen, meist ablehnenden Äußerungen (...) anschließend durch die Gemeindeverwaltung beziehungsweise den Bürgermeister anonymisiert und als ge-

heim eingestuft“ worden seien.

„Im Gegensatz zur Geheimklärung durch die Gemeinde“ haben die VFWO daher die Antworten der drei Geschäftsleute, „die zum Teil identisch mit den förmlichen Einwendungen sind“ in voller Länge online gestellt. Die drei befragten Betriebe hatten dazu laut VFWO ihre ausdrückliche Genehmigung erteilt.